

Presseinformation 05/2024

Globale Risiken nehmen zu

Die UN hat den 29. Januar zum Tag der „Saubereren Energien“ ausgerufen. Dabei umfasst nach UN-Vorstellungen „Clean Energy“ auch fossile und atomare Energien, obwohl fossile Energien für den Klimawandel verantwortlich sind und atomare Energie die Energiepreise in die Höhe treiben.

Für den Verband für Wirtschaft und Umwelt steht die neuerliche Diskussion um die Atomkraft im Widerspruch zum Anspruch auf günstige Energiepreise. Die Investitionen seien außerordentlich hoch, wie gerade das britische Beispiel wieder zeige, im laufenden Betrieb bestehe eine Abhängigkeit vom Uranhandel, der weitestgehend in russischer Hand liege und die Nachsorgekosten belasteten viele Generationen, die gar nichts von der atomare Energieerzeugung habe. Zudem werde die atomare Energieerzeugung hauptsächlich von Staaten aufrecht erhalten, die eine atomare Abschreckungspolitik verfolgten. Der Wirtschaftsverband geht daher davon aus, dass die neuerlichen Atomkraftbefürworter in Deutschland über kurz oder lang auch eine Diskussion zur atomaren Aufrüstung in Gang setzen werden.

Viele Menschen und viele Verantwortliche in der Gesellschaft hätten noch nicht begriffen, auf welche Herausforderungen Deutschland und die Weltgemeinschaft zusteure. Mit einer zunehmenden Abschottungspolitik könne man globale Problemlagen nicht lösen. Immer mehr nationalistische Regierungen verstrickten sich in kriegerische Auseinandersetzungen, wie das Beispiel Russland, Iran/Hamas oder Israel zeige. Der kürzlich in Davos beim Weltwirtschaftsgipfel vorgestellte Weltrisikobericht spreche eine deutliche Sprache: Klimawandel, Konflikte, Verschiebungen in den globalen Machtverhältnissen, gesellschaftliche Spaltung, soziale Ungleichheit sind Faktoren, die bereits in den kommenden zwei Jahren zu einer globalen Katastrophe führen könnten, so die befragten Fachleute und Risikoanalysten.

Für den Verband für Wirtschaft und Umwelt sei es ermutigend, dass so viele Menschen gegen die Abschottung und die neue populistischen Bewegungen AfD, WerteUnion oder BSW auf die Straße gehen. Der Verband begrüßt auch die Fortschritte in der Bundesregierung mit einer Kerosinsteuer auf Inlandsflüge, Umlage der Plastikabgabe auf Inverkehrbringer und den höheren CO₂-Preis. Er verweist aber auch, dass es noch größere Anstrengungen bedarf, klimaschädliche Subventionen ganz einzustellen und einen sozialen Ausgleich der Klimamaßnahmen mit einem Klimageld einzuführen.